

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends außer Sonntagen mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Allee 88/87, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich M. 1.60, monatlich 55 Pf. Anzeigenliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühren betragen für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pf. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 221.

Dienstag, den 18. Dezember 1894.

1. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Politische Rundschau. Deutschland.

**Aus dem Reichstage.** Die Sonnabend-Sitzung des Reichstages war die längste, bewegteste und interessanteste Sitzung, die im deutschen Parlament seit langer, langer Zeit erlebt worden ist. Man muß auf zehn Jahre zurückgehen, um passende Vergleiche zu finden. Etwa die entscheidende Sitzung über das Tabakmonopol ist der Sonnabend-Sitzung an die Seite zu stellen. Das Haus war anfänglich sehr schlecht besetzt und die Verhandlungen setzten nüchtern und akademisch ein. Die Debatte über die Zuckersteuer-Interpellation, in der eine sachkundige Rede unseres Genossen Wurm den Gipfelpunkt bildete, wurde zu Ende geführt. Dann erst trat man in den Haupttheil der Tagesordnung, in die Berathung des Antrages des Berliner Staatsanwalts auf Strafverfolgung Liebnechts ein. Die Physiognomie des Hauses hatte sich inzwischen ganz geändert. Unten im Saale wurde es voller, auf den Tribünen wurde auch das letzte Plätzchen besetzt, in der Hofloge ließen sich mehrere „Adjutanten“ in goldstropfenden Uniformen nieder. Auch am Tische des Bundesraths wurde es reger. Außer dem neuen Polizeiminister Herrn v. Köller und dem neuen Justizminister Schönstedt ließ sich auch der neue Reichskanzler wieder einmal im Hause blicken, das er, seitdem er am ersten Tage der Etatsberathung seine Programmrede verlesen, nicht wieder betreten hatte. Alles deutete also auf eine Haupt- und Staatsaction hin. Und in gewissem Sinne sollte man sich auch nicht getäuscht haben. Daß der Berliner Staatsanwalt bei seinem Vorgehen von der Regierung autorisirt war, wußte Jedermann schon längst. Aber man war doch gespannt darauf, wie der allerneueste Kurs dieses „schneidige“ Vorgehen verantworten würde. Was kam aber heraus? Mit gutem Gewissen kann es gesagt werden: Eine kläglichere Niederlage hat noch nie eine Regierung erlitten, als unsere neueste noch in der Sonnabend-Sitzung. Sie hat die Schlacht total verloren und wird sich von diesem Schlage auch bei der Umsturzworlage nicht erholen können, das ist heute schon gewiß. Es ist wohl das erste Mal vorgekommen, daß ein Reichskanzler von der überwiegenden Mehrheit des Parlaments höhnlisch ausgelacht wurde. Reichskanzler Fürst Hohelohe wurde ausgelacht, kräftig ausgelacht als er den Satz von wunderbarer Logik aussprach: „Da der Präsident selbst erklärt hat, keine Mittel der Rüge gegen das Verhalten der Sozialdemokraten zu haben, so mußte die Regierung die ordentlichen Gerichte anrufen! Diese ungeschickte Erklärung gab der neue Reichskanzler frei sprechend ab, er hatte diesmal kein Concept vor sich. Das war ihm auch vorher schon von dem Abgeordneten des Centrums, Herrn Roeren gründlich verdorben worden. Herr Roeren ist Oberlandesrath in Köln, einer von den wenigen Richtern alten Schlages, wie sie im Rheinlande noch am häufigsten zu finden sind. Er hat schon oft im Reichstage gesprochen, am Sonnabend aber hielt er seine eigentliche Jungferrede, am Sonnabend hörte man ihm das erste Mal aufmerksam zu, seine Rede war gut, von juristischer Schärfe und edlem Freimuth. Genosse Singer that dann dem Reichskanzler tüchtig Bescheid, er rief durch seine Rede den Herrn v. Köller zu seinem ersten ministeriellen Debut auf den Plan. Wer kennt ihn nicht aus seiner Abgeordnetenzzeit, den beweglichen Herrn mit seiner burschikosen Schnodderigkeit. Am Sonnabend war er freilich nicht mehr der Alte. Unter der Zunahme seines Lebensumfanges scheint seine Burschikosität gelitten zu haben. Seine geistreiche Redeweise hatte etwas ungemein saloppes an sich, und um gute Gründe war er recht verlegen. Da ist der neue Justizminister ein gewandterer Sprecher. Was er sagte, war freilich auch nichts werth, aber eine gewisse Schneidigkeit des Tons sicherten ihn bei unsern Sunfern beifällige Aufnahme. Die Herren von der Rechten floßen in ihren Reden über von Loyalität und Königstreue, sie alle übertrumpfte aber der liberale große Staatsmann Vennigen, er schickte seine Rede mit Invektiven gegen unsere Partei und konnte seine Freunde über das Umsturzgesetz nicht laut genug verkünden. Solche Angriffe konnten unsere Parteigenossen nicht unerwidert lassen, und obwohl die Sitzung schon sechs Stunden gedauert, rüstete sich

Genosse-Bebel zur Antwort. Sämmtliche elektrische Klingeln setzten sich im Saale in Bewegung, als Bebel's Name vom Präsidenten aufgerufen wurde. Viele Abgeordnete, die schon im Begriff zu gehen waren, kehrten um, im Saale wie auf der Bundesrathstempore wurde es menschenstill, mit gespanntester Aufmerksamkeit hörte man ihm zu. Seine Rede war ein oratorisches Meisterwerk, mit der ganzen Leidenschaftlichkeit seines herrlichen Temperaments baute er Satz für Satz auf, Freunde wie Gegner zog er in seinen Bann. Gar manchem Zuhörer auf der Tribüne standen Thränen in den Augen, so faszinirend war die Wirkung der Bebel'schen Worte. Sie bildeten den Höhepunkt der ganzen Sitzung, die Erinnerung an diese rednerische Meisterleistung wird so leicht nicht so verwischen sein. Der Beifall, der unsern Führer spendet wurde, war denn auch stürmisch zu nennen. Daß im Hinblick auf diese Rede der Präsident auf Montag die Berathung der Umsturzworlage angefeht hat, zeigt wirklich von einem gewissen Muth.

## Deutscher Reichstag.

(Original-Bericht des „Lübecker Volksboten.“)

Berlin, 15. Dezember 1894.

7. Sitzung.

Der Präsident von Lebedew eröffnet die Sitzung um 12 Uhr.

Am Bundesrathstische: Dr. v. Böttcher, Frhr. v. Marschall, Graf Kosobowsky.

Eingegangen sind die Berichte über die Sitzungen der Kommission für Arbeiterstatistik. Auf der Tagesordnung steht: Die Besprechung der Interpellation Bausche betr. Maßregeln zur Beseitigung der Schädigung der Zuckerindustrie und der Landwirtschaft durch ausländische Besteuerungsformen des Zuckers wird fortgesetzt.

Dr. Meyer (frei. Vereinig.): Ich habe mich befreit, in der gestrigen Rede des Reichsschatzsekretärs einen Gedanken zu finden, dem ich unbedingt zustimmen möchte. Dieses Bestreben ist auch von schönem Erfolg gekrönt gewesen. Der Staatssekretär jagte, kein denkender Mensch könne Feindschaft gegen die Landwirtschaft hegen. Wie stimmt das aber damit zusammen, daß man uns auf der Linken daß gegen die Landwirtschaft zum Wortwort macht? Wir führen der Landwirtschaft ebenso kräftig gegenüber wie jedem anderen erlaubten Gewerbe. Aber wir werden immer nur mit den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft einverstanden sein. Es hat mich darum mit aufrichtiger Freude erfüllt, daß Graf Kanitz den Vorschlägen des Interpellanten gegenüber sich so kühl verhielt. Das Verhältnis zwischen ihm und dem Lehretzen kommt mir so vor, wie das Verhältnis des Bruders zum Gretchen im Faust, als er jagte: Mein Schwesterchen, Du bist noch jung. Du bist noch lange nicht geheiratet genug, machst Deine Sache schlecht. (Weiterkeit.) Die Lage der Zuckerindustrie wird meines Erachtens am besten illustriert durch die Veröffentlichungen im „Reichsanzeiger“. Die Produktion ist danach fortwährend gesunken. Die Steigerung des Abzuges im Auslande konnte aber damit nicht Schritt halten, und um ihr nachzuhelfen, ruft man nach erhöhten Prämien. Folgen wir diesem Rufe, so wird bald genug die Reichsliste in den gleichen Nöthen sein wie vor dem Erlaß des neuen Zuckersteuer-Gesetzes von 1891. Die Zuckerindustrie sollte sich lieber daran gewöhnen, die Produktion im Einklang mit dem Wachsen des Konsums zu halten. Sie unterliegt eben auch den überall maßgebenden wirtschaftlichen Grundgesetzen. An dem Mangel an Konsumenten allein leidet die Zucker-Industrie. Der deutsche Markt ist ihr durch Zollmaßregeln, die beinahe prohibitiv genannt werden können, geschützt, es kommt also nur auf Ausdehnung des ausländischen Absatzgebietes an. Das wäre nur möglich durch Herabsetzung des Preises, und diese wäre nur erreichbar nach Aufhebung der Steuer. Diesen Weg möchte ich nicht als ungangbar bezeichnen, ich fürchte aber, die Regierung, die ja ein großes fiskalisches Interesse an der Zuckersteuer hat, wird ihn nicht gehen wollen.

Spahn (Str.) erklärt, seine Partei sei einverstanden mit einer eingehenden Prüfung der Lage der Zuckerindustrie und erwarte demnächst Vorschläge, die sie in wohlwollender Erwägung zu nehmen verpreche.

Dr. Friedberg (natlib.) verwahrt sich, gegen den Vorwurf des Abg. Richter, daß seine Parteigenossen die Interpellation nur eingebracht hätten, um die Partei der Konservern und speziell der „Kreuzzeitung“ zu erwerben. Maßgebend für die Anregung der Frage sei die von keiner Seite rechtlich bestrittene Thatsache, daß die deutsche Zuckerindustrie schwer zu leiden habe unter der durch Steuermassnahmen ungleich günstiger gestellten Konkurrenz des Auslandes. Ereignisse man nicht wirksame Maßregeln, so werde unsere Zuckerindustrie vom Auslande überflügelt, und wir gelangen zu einer fürchterlichen Kalamität. Der Reichstag würde sich aber nicht frei von Schuld an dieser fählen können, hätte er nicht rechtzeitig seine Stimme erhoben.

Graf Mirbach (Konf.) dankt dem Abg. Meyer für die Wärme, mit der er als Vertreter eines Zuckerdistrikts für die Zuckerindustrie eingetreten sei; freilich nur mit Worten, denn wenn es zu Thaten kommen sollte, hörte die Wärme des Gefühls bei den Herren links erfahrungsmäßig auf. Herr Richter möchte ich darauf hinweisen, daß die Viehzucht keineswegs beständig im Aufschwung begriffen sei. In vielen Bezirken sei sie durch den vorjährigen Futtermangel total ruiniert worden. (Sehr richtig! rechts.) Die Nothlage der Landwirtschaft wäre nicht so groß geworden, wenn sich das mobile Kapital nicht von jeder allen Restrebrungen landwirtschaftlichen

Charakters durchaus fern gehalten habe. Dem Reichsschatzsekretär seien er und seine Parteigenossen aufrichtig dankbar, daß er mit so warmen Worten für die Interessen der Landwirtschaft eingetreten sei.

Abg. Wurm (Soz.) weist gegenüber dem hohen Liebe von der kulturellen Bedeutung der Zuckerrübe und des Rübenbaues, das von der Rechten angestimmt und für dessen Erhöhung der neue Landwirtschaftsminister v. Hammerstein-Vorsien schon seinen ganzen Einfluß einsetzen werde, auf die damit parallellaufende Verelendung der Bevölkerung hin. Verarmung und Verrohung der Sitten seien überall in den Zuckerrückteilen eingetreten. Der Ueberproduktion, der Hauptursache der Kalamität, werde man aber schwerlich abhelfen können. Man verfolgte auch hier das alte Rezept: Den Großen alles, dem Volke wenig. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf Limburg-Sturum (Konf.) erklärt die Darstellung Vorredners für durchaus schlief. In Wahrheit habe die Landwirtschaft von der Zuckerindustrie nicht unwesentliche Vorteile.

Berühmlich sprechen noch die Abgg. Meyer und Wurm. Damit schließt die Besprechung. Die Interpellation ist damit erledigt.

Es folgt der Bericht der Geschäftsordnungscommission über den Antrag des Staatsanwalts, betreffend die Strafverfolgung Liebnechts.

Referent Dieckel (N.) Nach zwei Richtungen war in der Kommission Einkimmigkeit vorhanden. Einmal, daß das Verhalten des Sozialdemokraten einen Verstoß gegen den Laik bedeutete und die Gefühle der meisten Mitglieder dieses Hauses verletzt hat, zweitens aber auch, daß der Vorgang nicht benutzt werden dürfe, um die Mitglieder der sozialdemokratischen Partei zu zwingen zu wollen, an einer Ovation für S. Majestät den Kaiser theilzunehmen. Was die Frage selbst betrifft, so herrschte Einkimmigkeit selbst darüber, daß es nicht Sache des Reichstages sei, zu entscheiden, ob eine strafbare Handlung vorliege oder nicht. Das ist Sache der ordentlichen Gerichte. Der Reichstag hat zunächst nur zu entscheiden, ob er die Genehmigung zur Strafverfolgung während der Sessionsdauer ertheilen will. Meinungsverschiedenheiten bestanden in der Kommission über die Interpretation des Wortes „Aeußerungen“ im Artikel 30 der Verfassung. Die große Mehrheit verstand darunter außer Worten auch sogenannte konkludente Handlungen. Sie nahm auch an, daß sich der Abg. Liebnecht in Ausübung seines Berufes befunden hat und zwar, weil die Aeußerung geschah als Entgegnung auf eine Aufforderung des Präsidenten an alle Mitglieder, aufzustehen und das Hoch auszubringen. Von einer Seite wurde noch geltend gemacht, es läge kein Grund zu schleuniger Behandlung der Sache vor. Fast einstimmig sagte die Kommission, die Immunität sei in erster Linie zu wahren, umso mehr als hier der erste Versuch des Staatsanwalts vorliege, in das Innere des Reichstages zu dringen. Weiter wurde Werth auf Artikel 27 der Verfassung gelegt, welcher besagt, daß der Reichstag seine Disziplin selbst übe. Die entgegenstehende Gruppe in der Kommission wollte auch das Prinzip der Immunität gewahrt wissen, hielt aber Artikel 30 nicht für vorliegend, da sie das Sündenblende nicht als eine Aeußerung betrachtete. Sie sagte, die Sache sei weniger juristisch als politisch zu beurtheilen, da die Majestätsbeleidigung gewöhnlich politischen Charakter habe. Die heutige Gesellschaft habe ein eminentes Interesse daran, daß die Majestät nicht verlegt werde. Die Kommission hat schließlich mit 9 gegen 4 Stimmen den Antrag der Staatsanwaltschaft abgelehnt und er wurde dem Referenten ausdrücklich der Auftrag, es auszusprechen, daß alle 9 Mitglieder der Kommission auch die Artikel 30 und 27 der Verfassung für verlegt hielten.

Von den Abg. Adt (N.) und Genossen ist folgende Resolution eingelesen: „Der Reichstag wolle beschließen: Die Kommission für die Geschäftsordnung anzufordern, unter Vorbehalt des Präsidenten des Reichstages alsbald den Entwurf einer Aenderungs- und Beseitigung der Geschäftsordnung anzuarbeiten und dem Reichstage zur Beschlußfassung vorzulegen, durch welchen die Disziplinargewalt des Reichstages und des Präsidenten gegen die Reichstagsmitglieder während der Ausübung ihres Berufes in angemessener Weise verfürkt wird.“

Oberlandesgerichtsrath Roeren (Z.). Der Referent hat das Recht gehabt, als er erklärte, der Vorgang vom 6. Dezember sei alleinig in der Kommission verurtheilt worden. Als Bürger eines monarchischen Staates werden wir die Verweigerung der gestimmten Ehrfurchtsbezeugung gegenüber dem Träger der Krone freisündlich finden. Diese persönliche Empfindung muß hier aber zurücktreten, wir dürfen nicht Beschlüsse fassen, die von der folgenreichsten Bedeutung für unsere ganze konstitutionelle Entwicklung sein können. Die Immunität wäre beseitigt, wenn sich der Reichstag für unfähig erklärt, sich selbst schützen zu können. Als ich die Nachricht von der Strafverfolgung zuerst las, glaubte ich an das Werk eines windigen Zeitungsreporters. Man hätte erwarten sollen, daß der Antrag zurückgewiesen worden wäre. Der Antrag hätte gar keine Bedeutung, wäre er aus der persönlichen Initiative des Staatsanwalts hervorgegangen. Allein die Genealogie des Justizrats der Staatsanwaltschaft läßt es als zweifellos erscheinen, daß der Staatsanwalt nur auf ausdrückliche Anweisung vorgegangen ist. Es ist das erste Mal, daß die Immunität angegriffen wird; diesen Angriff müssen wir prinzipiell und nicht einfach mit der Motivirung abweisen, daß es der Gewohnheit des Hauses nicht entspricht, die Genehmigung zur Strafverfolgung zu ertheilen. Die Strafbarkeit des Falles steht nicht zu unserer Entscheidung, aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß am 27. September 1894 ein reichsgerichtliches Erkenntnis ergangen ist, welches das Sündenblende nicht als Majestätsbeleidigung ansieht. Andere Urtheile sind anderer Auffassung, aber gerade politische Urtheile des Reichsgerichts haben zu bedenklichen Populärthümeln Anlaß gegeben. (Sehr richtig! links.) Das Hoch ist ein Akt der Loyalität und er verliert seine Bedeutung, wenn er nicht mehr ein freiwilliges, sondern ein unter allen Umständen durch schwere Gefängnißstrafen zu erzwingendes sein sollte. (Sehr richtig! links.) Die Deduktion des Artikels 30 der Verfassung und auch die Verhältnisse, ebenfalls die de

Unterbindung zwischen gesprochenen Versicherung und konfidenten Verbindung. Man hängt sich ganz mechanisch an den Sinn des 30. während es seine Absicht war, den Abgeordneten völlige Unabhängigkeit und Freiheit zu garantieren. Eine andere Frage ist es, ob wir nicht aus der Mitte des Hauses heraus Bestimmungen treffen, Ausstellungen und Angehörigkeiten zu erheben. Aber wenn wir die Resolution der Nationalkonvention annehmen, würde es zu spät sein, als habe uns erst das Vorgehen des Staatsanwalts veranlassen gegeben, unsere Disziplinargewalt zu verfahren. Wir müssen den Versuch des Staatsanwalts, in unsere Rechte einzugreifen, so zurückweisen, daß er den Versuch nicht zum zweiten Male wagt. Wohin soll es führen, wenn wir hier verhandeln und Abends sich irgend ein Staatsanwalt hinsetzt und prüft, ob wir auch angemessen verhandelt haben. (Vehhafter Beifall links.) Redner bittet, den Antrag des Staatsanwalts abzulehnen, aber auch gegen die Resolution auf Verstärkung der Disziplinargewalt zu stimmen. (Bravo links.)

Reichstagskammer zu Hohentoch: Für die Anklage des Staatsanwalts handelt es sich um Thatsachen, die hier vorgekommen sind und die ich zunächst noch einmal feststellen will. In der Sitzung vom 6. Dezember hat ein Theil der sozialdemokratischen Partei sich hier gezeigt, bei einem Hoch auf den Kaiser aufzutreten. Diese Demonstration hat das Gefühl des Reichstags verletzt. Gegenüber der allgemeinen Entrüstung war der Präsident, wie er selbst erklärte, nicht in der Lage, Abhilfe zu schaffen. Da blieb nichts weiter übrig, als die Hilfe des Staatsanwalts in Anspruch zu nehmen (Vehhafter Widerspruch links), damit durch diesen Antrag der Reichstag in die Lage kommen würde, zu entscheiden, ob er diese Verletzung des monarchischen Gefühls seiner großen Mehrheit sich gefallen läßt. (Sehr gut, rechts.) Daß eine Verletzung dieses Gefühls stattgefunden hat, geht daraus auch hervor, daß den Sozialdemokraten vorher mitgeteilt worden ist, es werde ein Hoch aufgebracht werden. Ein Theil ging hinaus, Diebstahl blieb aber sitzen. In einer späteren Sitzung hat Diebstahl gesagt, es handle sich nur um einen Zufall, nicht um eine absichtliche Demonstration. Ich will die Wahrheit dieser Erklärung nicht bezweifeln, aber warum hat der Abgeordnete Diebstahl geschwiegen, als Singer in so gehässiger Weise die Thatsache kommentierte? Sie haben jetzt das Recht, über den Antrag des Staatsanwalts zu entscheiden, wie es Ihnen beliebt. (Beifall rechts, Lachen links.)

Präsident (H.): Ich möchte nachzuweisen, daß das jetzige Auftreten der Konservativen nicht im Widerspruch mit den früheren Erklärungen des Herrn von Hellborn steht. Die Konservativen betrachten es als „edle Pflicht“, bei einem Strafverfahren wegen Majestätsbeleidigung ihre Zustimmung nicht zu verweigern. Das Verhalten Diebstahls stimmt ganz mit den Versicherungen Diebstahls über die Stellung der Sozialdemokratie zur Monarchie überein. Die Sozialdemokratie trete damit völlig aus den Rahmen der bestehenden Gesellschaftsordnung heraus. Welche Konsequenzen daraus zu ziehen sind, liege auf der Hand. Bekanntlich habe ich der Präsident mit angesehenen Mitgliedern in Verbindung gesetzt, um eine größere Disziplinargewalt für solche Fälle zu erhalten. Redner bittet deshalb, dem Antrag der Nationalkonvention zuzustimmen. Daß in diesem Falle, wo die Ehrverletzung des Souveräns vorgekommen sei, die Strafverfolgung ermöglicht werde, sei wichtiger als die vorübergehende Immunität eines Abgeordneten. (Vehhafter Beifall rechts.)

Singer (S.): Es war sehr interessant, daß der Vorredner mit der Versicherung geschloffen hat, daß seine Partei, indem sie in allen Fällen, wo es sich um Majestätsbeleidigung, die hier im Reichstagsvorkommen ist, handeln sollte, ihre Zustimmung zur Verfolgung geben wird. Es verdient festgenagelt zu werden, daß der Vorredner damit klipp und klar ausgesprochen hat, daß seine Partei einen Verfassungsverstoß nach dieser Richtung hin zulassen werde. (Hoi! rechts.) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) Nichts Anderes als ein Verfassungsverstoß ist dieser Standpunkt. Es handelt sich hier nicht um den Schutz eines einzelnen Mitgliedes dieses Hauses, sondern um die Innehaltung einer wichtigen Verfassungsverpflichtung, und so kommt es mir nun, in diesem Falle wird von uns die konservative, d. h. die Verfassung erhaltende Stellung vertreten, nicht von der Seite da drüben. Wenn der Vorredner meint, die Handlung meines Freundes Diebstahl würde entschuldigend durch die Ausführungen, die Diebstahl über unsere Stellung zur Monarchie gemacht hat, so gebe ich ihm in der Sache Recht. Wenn er aber daraus schließt, daß wir durch diese gegen die Monarchie gerichtete Handlung aus dem Rahmen der Staatsordnung herausstreten, so ist das etwas unwürdig gegenüber der Thatsache, daß hier auf dieser Seite des Bundesrathes Vertreter von Republikern sitzen (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten), die wahrscheinlich in dieser Auffassung nicht mit dem Vorredner übereinstimmen werden. (Lachen rechts.) Daß der Vorredner die Gelegenheit benutzt hat, seine und seiner Freunde Loyalität zu starkem Ausdruck zu bringen, nehme ich ihm weiter nicht übel. Sie sind ja jetzt in der Situation, es nicht möglich zu haben, der Krone zu opponieren. Sonst war das anders. Ich kann den Vorredner jetzt verlassen, seine Versicherungen sind mir wirklich nicht so wichtig, daß ich mir weitere Mühe mit ihm geben wollte. Nun zum Herrn Reichstagskanzler. Er hat den Vorgang so dargestellt, als hätte der Herr Präsident erklärt, er hätte durch die Geschäftsordnung kein Mittel zur Abwendung des Vorfalls, und deshalb müsse gerichtliche Hilfe eintreten. Die Konsequenz wäre, daß er einige Gesandten hierher beordert, damit jedes Mal, wenn der Präsident Kraft seiner Gewalt nicht Ordnung schaffen kann, ihm die polizeiliche Unterstützung zu Theil wird, daß der Uebelthäter am Krage gepackt und hinausgeschleppt wird. Das ist auch ein charakteristisches Zeichen des allerneuesten Karzes, daß von dieser Stelle aus derartige Versicherungen gemacht werden können. Die verschiedenen Regierungen haben offenbar diesen Anlaß, der durchaus nicht ohne Beispiel ist, benutzen wollen, um den Wind, der nun jetzt einmal durch Deutschland weht, zu unterstützen und eine Haupt- und Staatsaktion aus dem Vorfall zu machen, um ihn politisch zu fruchtbar zu machen. Das ist für mich die einzige Erklärung für die Ermüdung der Regierungen in ein Internum des Hauses. Redner erinnert daran, daß der ultramontane Abgeordnete Rudolph in der bahyrischen Kammer bei einem Hoch auf Ludwig II. sitzen geblieben sei und an ähnliche gleichartige Erscheinungen. Beispiellost ist also nur die Art, wie die Herren von der Rechten diesen Vorgang für ihre politischen Zwecke auszunutzen. Wenn die Maßnahmen des neuesten Karzes so weiter gehen, dann empfiehlt es sich, daß zur Erleichterung der Arbeitslast des Reichstagskanzlers gleich einem Staatsanwalt auf der Tribüne oder an einer Ecke des Bundesrathes ein Platz eingeräumt wird, damit er die Verhandlungen überwacht. Vielleicht wird der Reichstag gleich unter das preussische Vereinsgesetz gestellt, so daß er unter Überwachung durch einen Polizeibeamten seiner Arbeit obliegt, der dann gleich bei Neben, die ihm nicht gefallen, den Reichstag auflösen kann. (Lärm rechts.) Und wie hat die offizielle Presse den Vorfall ausgeschaltet. Die „Berl. Correspondenz“ des Ministers von Köller hat von einem Sturm patriotischer Entrüstung im Volke gesprochen. Wie ein Entrüstungsrund gemacht wird, wissen wir ja. Aber ich habe nichts von einem solchen gemerkt. Und wenn noch nachträglich einer in Anspruch genommen wird, so verpasse ich dem Herrn Minister für jede seiner Entrüstungssammlungen hundert andere, die das Gegentheil von dem aussprechen, was dort ausgesprochen wird. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten. Lärm rechts.) Die „Berl. Corr.“ hat weiter für den Fall, daß der Reichstag den Antrag des Staatsanwalts ablehnt, mit der Erweiterung der gerichtlichen Befugnisse gedroht. Demgegenüber will ich nur daran erinnern, daß bereits einmal ein solcher Versuch der Regierung, das sogenannte Maulkorbgesetz, gescheitert ist. Damals sagte der spätere Reichsgerichtspräsident Simon gegenüber dem Versuch, den Artikel 34 der Verfassung außer Kraft zu setzen, als es hieß, der

Reichstag dürfe nicht zu einem Miß für Verbrechen gemacht werden: Was würde die Regierung dazu sagen, wenn wir den Art. 41, der die Unverletzlichkeit des Reichstags festsetzt, so betrachten würden; der Artikel 41) der Verfassung darf nicht zu einem Miß für Verbrechen der Abgeordneten werden? Redner erinnert an das abweisende Urtheil der ausländischen Presse über das Vorgehen der Regierung und schließt mit der Bitte, den Antrag der Geschäftsordnungskommission anzunehmen und den Antrag der Nationalkonvention abzulehnen. Eine Verstärkung der Disziplinargewalt des Reichstags ist unzulässig. Ich meine, daß der Reichstag, der heute hier angenommen wird, die Ablehnung des staatsanwaltlichen Versuchs, weit über die Person, um die es sich in diesem Fall handelt, hinausgeht. Das Haus wird damit ausdrücken, daß es nicht gewillt ist, die verfassungsmäßigen Rechte des Volkes, welches die Immunität der Abgeordneten zur Vertretung seiner Rechte braucht, anzufassen zu lassen, und das ist einer der wenigen Reichstags, mit denen wir zufrieden sein können. (Vehhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatsminister v. Köller: Herr Singer habe es so dargestellt, als sei der Antrag des Staatsanwalts lediglich ein Versuch, den Wind, der nun einmal oben wehe, auszunutzen. Das ist nicht der Fall. Die Regierung habe alle Beunruhigung, solchen Uebertretungen entgegenzutreten. Ein Entrüstungsrund sollte nicht hervorgerufen werden. Die Regierung habe gar keine Lust zur Aufschaukung der Sache. Der Präsident habe erklärt, kein Mittel der Milderung zu haben und deshalb müsse eine aufermerksame Regierung prüfen, ob Mittel vorhanden sind, eine Abwendung herbeizuführen. Die Regierung hat den Reichstag keineswegs gebeten, die Genehmigung zu erteilen. Der Reichstag solle nur entscheiden, Will er nicht, dann nicht. (Fortgesetztes Lachen links und im Centrum.) Es entsteht die Frage, wie will der Reichstag das sicherstellen, daß solche Sachen nicht mehr vorkommen. Das Recht der Immunität anzutasten, fällt der Regierung nicht ein. Die Entscheidung werden schließlich die ordentlichen Gerichte fällen, an denen es, zu entscheiden, ob sofortige Verfolgung eintreten soll. (Sowahler Beifall rechts.)

Gump (W.): Spricht sich, wie schon in der Kommission, für Genehmigung des Antrages der Staatsanwaltschaft aus. (Beifall rechts.) Bennigsen (W.): tritt für den Kommissionsantrag und die Resolution ein. Er vertritt unter der Versicherung nicht bloß unbillige Kundgebungen seiner politischen Meinung und Bestimmung. Er weist zwecks Begründung der Resolution auf die Disziplinarmittel in anderen Ländern hin: Ausschluß von 10, 20, 30 Sitzungen, Entziehung der Diäten in England, sogar Inhaftierung bis zum Schluß der Sitzungen seien solche Strafen. Die Sozialdemokraten sagen, wären sie mit aufgeschanden, so wäre das Heuchelei und Feigheit. Er frage sie, wie es in den Einzel-Anträgen mit der Einbestellung auf Treue zum König stehe? Die Sozialdemokraten verlangten im Namen der Freiheit, alle Autoritäten angreifen zu können. Das könne sich die Mehrheit nicht länger gefallen lassen. Deshalb empfehle er nochmals, neben dem Kommissionsantrag die Annahme seiner eingebrachten Resolution. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Nichter (W.): ist gegen die Resolution. Man solle den Antrag des Staatsanwalts nicht mit einer Frage verquiden. Das war auch die Ansicht der Kommission. Herr v. Bennigsen hat sich auf andere Länder bezogen, u. A. auf England. Geben Sie uns die parlamentarische Verfassung Englands, so wollen wir alle Disziplinarmittel des englischen Reichstags mit in Kauf nehmen. Herr v. Bennigsen führte als Strafe in anderen Parlamenten an: Entziehung der Diäten. Unter dieser Strafe leiden wir ja chronisch. (Große Heiterkeit.) Wenn man über Mangel der Geschäftsordnung diskutieren will, dann gäbe es viel zu sagen. Ich möchte darauf hinweisen, daß wir wiederholt vom Ministerliche beleidigt worden sind, ohne daß der Präsident ein Mittel der Milderung hatte. Den Ausführungen Koerens wäre nichts hinzuzufügen, wenn nicht der Reichstagskanzler und Herr v. Köller noch nachträglich gesprochen hätten. Herr v. Köller geht die Sache blutwenig an, er ist Polizeiminister und nicht Justizminister. Wir haben nichts gegen die ministerielle Korrespondenz, ich nehme jetzt an, daß die „Nordb. Allg. Ztg.“ und die „Köln. Zeitung“ ausgehört haben, offiziös zu sein. Die Regierung muß dann aber auch den Inhalt ihrer Korrespondenz verantworten und Herr v. Köller hat es ja auch gethan. Die Begründung des Artikels war sehr unglücklich. Wir legen das Hauptgewicht auf Artikel 30, nicht auf Artikel 31. Die Haltung des Reichstagskanzlers, der heute den Staatsanwalt mit seiner Person bedeckt hat, kann ich nur bedauern. Er hat es so dargestellt, als sei der Antrag des Staatsanwalts eine zarte Aufmerksamkeit gegenüber dem Reichstag gewesen. Wir danken für solche zarte Aufmerksamkeit. Der Präsident hat nur gewissenhaft gehandelt. Der Reichstagskanzler hätte sich diese Gewissenhaftigkeit zur Richtschnur nehmen sollen. Der Vorgang hat in der öffentlichen Meinung lebhaftes Beunruhigung hervorgerufen. Vorher war die Sozialdemokratie isolirt. Jetzt haben Sie die anderen Parteien im Hause äußerlich in dieselbe Lage gebracht, wie die Sozialdemokratie. Wenn Sie die Geschäftsäfte der Sozialdemokratie betreiben wollten, Sie hätten es nicht anders besser thun können. Herr v. Köller, der schneidige Urheber dieser schneidigen Maßregel, droht mit weiteren Strafverfolgungen. Der Reichstag ist der Meinung, daß Artikel 30 verletzt ist; wenn nun die Gerichte zu anderer Ansicht kommen, so wird dieser Widerspruch der Auffassungen zu einer hochpolitischen Frage, die die unangenehmsten Konsequenzen haben könnte. Mit einem Worte: Der Reichstagskanzler fürst Höpelt hat wirklich nicht unglücklich politisch debattirt, als mit diesem Antrage. (Beifall links.)

Preussischer Justizminister Schöndorfer: Er habe bisher nicht gesprochen, weil kein besonderer Anlaß dazu vorlag. Als preussischer Justizminister müsse er die Äußerung einer bestimmten Meinung vermeiden, weil es so aussehen könnte, er wolle die ordentlichen Gerichte, die ja möglicherweise doch zur Entscheidung in der Frage berufen werden, beeinflussen. Er wolle sich auch der Entscheidung enthalten, ob das Eigenbleiben eine Majestätsbeleidigung sei oder nicht. Er wolle, nur dem Abgeordneten Koerens jagen, die Reichsgerichtsentcheidung, die er angezogen hat, sagt das nicht, was er herausgelesen hat. Der Artikel 30 untersteht, seiner Meinung nach, nicht der Interpretation des Reichstags, sondern nur der Artikel 31. Ein Angriff auf die Immunität lag der Regierung fern. (Vehhafter Beifall rechts.)

Rickert (W.): Der Justizminister hat hier eine Stellung eingenommen, als sei er nur der geborfame Diener des Staatsanwalts, dem er doch Weisungen zu geben hat. Sein Auftreten erinnere ihn an dasjenige des Ministers v. Pöppe. Am besten wäre es gewesen, den Vorgang zu ignoriren. Die Resolution Bennigsen sei unannehmbar. Warum sage übrigens Herr von Bennigsen nicht, was er für verstärkte Disziplinarmittel wünsche. Er halte die ganze Affäre für eine hochpolitische Aktion des Staatsministeriums und frage den Justizminister, ob auch er sein stimmendes Votum gegeben habe. Erfolge eine nachträgliche gerichtliche Verfolgung und, wie er erwarte, dann eine gerichtliche Freisprechung, so habe die Regierung ihre Autorität schwer geschädigt. (Beifall links.)

Staatsminister v. Köller erklärt noch einmal, daß er die Verantwortung für den Artikel in der „Korrespondenz“ übernehme. Dem Abg. Rickert erwidere er, der Reichstag solle nur für die Wahrung seiner Autorität sorgen. Die Regierung werde für die Wahrung ihrer Autorität selbst sorgen.

Justizminister Schöndorfer verweigert auf die Frage des Abg. Rickert die Auskunft, weil es sich um Interna des Ministeriums handle. Liebermann von Sonnenberg (Antij.) erklärt im Namen seiner politischen Freunde, daß diese mit Ausschluß seiner

Person für den Antrag der Kommission stimmen würden. Er werde für die Genehmigung der Verfolgung Diebstahls stimmen. Niemand könne gezwungen werden, sich eine Verhöhnung des Hauses und der Staatsgrundlagen gefallen zu lassen. Herr Singer hat ja einmal ausgesprochen, er wolle nicht eher ruhen, als bis die rote Fahne von allen Kirchen, Schloßern und Wällen weht. Die Synagogen hat er natürlich wohlweislich ausgeschlossen. (Beifall rechts.) Ich hatte nicht bloß das Eigenbleiben für eine Verleibung des Reichstages und der Majestät, sondern auch das rasche Hinauslaufen vor dem Hoch. Diebstahl hat sein Verhalten nachträglich abgesehen, aber Herr Singer hat es durch sein trotziges Auftreten verschärft. Ich nenne das Auftreten trotz, weil ich parlamentarisch reden will. Jeder Einzelne kann sich ja ein anderes Wort an die Stelle setzen. (Beifall rechts.) Der Wahrspruch des alten Reichstagskanzlers scheint gewesen zu sein: „Greif niemals in ein Wespennezt.“ Dasselbe sagt der neue Reichstagskanzler: „Doch wenn Du greiffst, dann greife fest!“ (Vehhafter Bravo rechts.)

v. Bucha (K.) theilt den Standpunkt des Justizministers und polemisiert gegen die Abg. Morren und Singer. Er nimmt insbesondere die Rechte gegen die Anzweiflung ihrer Loyalität von Seiten Singers in Schutz.

Morren (S.): Die Unabhängigkeit der Reichstagsmitglieder müsse auf jeden Fall gewährleistet werden. Nach den Erklärungen des Abgeordneten v. Bennigsen könne er der Resolution der Nationalkonvention zustimmen. Diese Zustimmung involvire aber nicht die Zustimmung zu den besonderen Vorschlägen des Abg. v. Bennigsen.

Abg. Bebel (Soz.): Die Ausführungen, die wir vom Regierungsidee gehört haben, konnten bei einer Frage wie der vorliegenden nicht unvollständiger gemacht werden. Etwas oberflächlicheres, etwas nichtsofanderees und etwas weniger zutreffendes an Urtheilen ist mir kaum einmal im Leben vorgekommen. Auch das Verbleiben des Justizministers war kein glückliches. Zuerst sagte der Justizminister, er wolle seine persönliche Ansicht über die Reichstagsfrage nicht ansprechen, um die Gerichte nicht zu beeinflussen. Ich sagte mir, das ist gut und taktvoll. Welch daraus mußte ich mein Lob bereuen, denn der Minister hat dann doch Partei ergriffen. (Sehr richtig bei den Sozialdemokraten.) Er hat uns das mehrfach angezogene Urtheil des Reichsgerichts mit einer gewissen Betonung vorgelesen, wonach also eine Verurteilung wie im Falle Diebstahls so gut wie sicher sei. Der Abg. Richter hat gar nicht nötig zu fragen, ob der Justizminister persönlich seine Zustimmung zum Antrage des Staatsanwalts gegeben hat. Die Antwort lag bereits in den ersten Worten des Ministers. Wie ich ihn verstanden habe, hat der Staatsanwalt nicht zuerst die Sache angeregt, sondern die preussische Regierung hat zunächst darüber berathen, sie ist sich schlüssig geworden, den Staatsanwalt zu bevollmächtigen und der Justizminister hat sein Jaacet dazu gegeben. So ist in der That hier eine große politische Haupt- und Staatsaktion beabsichtigt worden. Warum? Weil die Geschäftsordnung des Reichstags für den speziellen Fall nicht die genügenden Disziplinarmittelregeln hat. Etwas Ungeheuerlicheres wie diese Begründung ist mir noch nicht vorgekommen. Wenn der Präsident auf Grund der Geschäftsordnung etwa wie der Präsident der französischen Kammer — Bennigsen deutet das an — den Abg. Diebstahl auf 10 oder 20 Sitzungstage von der Theilnahme an den Verhandlungen ausschließen können, so wäre also der Strafantrag nicht gestellt worden. Aber logisch wäre es doch gewesen einfach die Geschäftsordnung zu ändern. Statt dessen thut man das Unzulässige und greift auf das gemeine Recht zurück. Infolge der Disziplinarmittelregeln wäre Diebstahl mit Ausschluß von 10 oder 20 Sitzungen bestraft worden, kommt das Strafgesetz in Anwendung wird er im Minimum mit 2 Monaten Gefängnis oder Ferkel bestraft. Man muß diese beiden Thatsachen gegenüberstellen, um das Ungeheuerliche der Auffassung an Regierungsidee zu begreifen. Der Justizminister sagt, den Reichstag geht der Artikel 30 der Verfassung nichts an. Ich meine die Würde und die Nachstellung des Reichstags gebietet es, die Artikel 30 und 27 zu erörtern. Redner giebt eine Schilderung der Vorgänge am 6. Dezember. War das Hoch auf den Kaiser und die Rede des Präsidenten ein auf Grund unserer antiken Thätigkeit hier ausgeführter Akt? Sicher. Und war das Eigenbleiben einiger Abgeordneten beim Hoch nicht ein auf Grund unserer antiken Thätigkeit hier ausgeführter Akt? Sicher. Wenn jemand in Ausübung seines Mandats gehandelt hat, so der Abg. Diebstahl. Ist das der Fall, so ist eine gerichtliche Verfolgung, geschweige denn eine gerichtliche Verurteilung unmöglich. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der Vorgang am 6. Dezember ist schon häufig dagewesen. Ich selbst bin in den 70er Jahren mindestens einhalb Duzend Male mit meinem Parteigenossen bei einem Hoch auf den Kaiser sitzen geblieben, ohne daß ein Hahn danach gekracht hätte. Wer hat die Würde des Reichstages mehr verletzt, die Pfüruser, oder die Genossen, die als ehrliche Männer ihrer ehelichen Ueberzeugung Ausdruck gegeben haben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Wir scheinen heute im Deutschen Reich auf einen Standpunkt angekommen zu sein, der nicht nur an die Zeiten des Galgula, sondern besonders an die Zeiten des Tiberius erinnert. (Bewegung.) Da trieben die Delatoren (Angeber) ihr Unwesen und denunzirten die besten Männer des Staates wegen Majestätsbeleidigung. Seit wann ist es überhaupt Sitte, daß man einen Mann zu einer Loyalitätsbezeugung zwingt wider seine bessere Ueberzeugung. Was hat eine solche Loyalitätsbezeugung in den Augen eines anständigen Mannes für einen Werth? Wer sich aus irgendwelchen Rücksichten zu einer politischen Heuchelei herbeiläßt, ist meinen Augen das allerwünschlichste Geschöpf; er verdient nicht den Namen Mann. Auf der rechten Seite des Hauses sitzt wohl mancher, der in den letzten Jahren das Hoch auf den deutschen Kaiser nicht grade mit besonderer Begeisterung ausgesprochen hat. (Vehhafter Beifall links. Lärm und Rufe rechts: Zur Ordnung! Glücke des Präsidenten.) (Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.) Wenn Sie die Majestätsbeleidigungen, die in den letzten Jahren in den Reihen der Agrarier verübt wurden, alle bestraft hätten, würden unsere Gefängnisse nicht ausreichen. (Sehr richtig links.) Ich erinnere an die 99 Tage der Regierung Friedrichs III. Was damals von Seiten der konservativen und nationalliberalen Presse an Beleidigungen und Verleumdungen gegen den todkranken Kaiser, dessen Schwiegermutter und Gattin geschleudert worden ist, übertrifft alles, was jemals in Deutschland begangen ist. (Bravo links!) Herr von Köller hat gefragt, wo denn eigentlich die Immunität beginne. Die Immunität beginnt in dem Augenblicke, wo wir in unserer antiken Thätigkeit als Abgeordnete in dieses Haus eintreten und alles was wir in diesem Hause in Ausübung unseres Berufes thun, und dazu gehört auch das eventuelle Eigenbleiben bei einem Hoch auf den Kaiser, ob es Ihnen angenehm ist oder nicht. Sie können ja durch die Geschäftsordnung aussprechen, man muß Hoch schreien, man muß so laut schreien, daß man blau und grün im Gesicht wird, vorläufig aber freist es nicht in der Geschäftsordnung, und vorläufig ist es unser freier Wille, zu handeln, wie wir wollen, und vorläufig bestehen auch noch keine Bestimmungen, daß Männer, die Republikaner, Sozialisten oder auch Atheisten sind, wegen ihrer politischen, religiösen oder wirtschaftlichen Ueberzeugungen vom Reichstag ausgeschlossen werden können. Ja meine Herren, daß Sie, wenn Sie das Heft in der Hand hätten, alles aus dem Reichstag hinausbrächten, bis auf Sie ganz allein, wissen wir ganz genau. (Sehr richtig, bei den Sozialdemokraten.) Das ist ja ihr ewiges Jammer, daß Sie heute in der Minderheit sind. Aber wenn Sie die Macht hätten, daß Sie uns dann am liebsten sogar wärderten oder noch Kamerun schicken würden, das bezweifle ich gar nicht mehr. Sie werden nur die Macht dazu nicht bekommen. Dem Grafen Mirbach diene zur Verwarnung, daß ich nicht ur hier im Hause, sondern in jeder Versammlung ungestraft sagen kann: Ich bin Republikaner, Sozialdemokrat, Atheist! Ich habe

den Reichstagskanzler nicht mehr bedauern. Er hat es so dargestellt, als sei der Antrag des Staatsanwalts eine zarte Aufmerksamkeit gegenüber dem Reichstag gewesen. Wir danken für solche zarte Aufmerksamkeit. Der Präsident hat nur gewissenhaft gehandelt. Der Reichstagskanzler hätte sich diese Gewissenhaftigkeit zur Richtschnur nehmen sollen. Der Vorgang hat in der öffentlichen Meinung lebhaftes Beunruhigung hervorgerufen. Vorher war die Sozialdemokratie isolirt. Jetzt haben Sie die anderen Parteien im Hause äußerlich in dieselbe Lage gebracht, wie die Sozialdemokratie. Wenn Sie die Geschäftsäfte der Sozialdemokratie betreiben wollten, Sie hätten es nicht anders besser thun können. Herr v. Köller, der schneidige Urheber dieser schneidigen Maßregel, droht mit weiteren Strafverfolgungen. Der Reichstag ist der Meinung, daß Artikel 30 verletzt ist; wenn nun die Gerichte zu anderer Ansicht kommen, so wird dieser Widerspruch der Auffassungen zu einer hochpolitischen Frage, die die unangenehmsten Konsequenzen haben könnte. Mit einem Worte: Der Reichstagskanzler fürst Höpelt hat wirklich nicht unglücklich politisch debattirt, als mit diesem Antrage. (Beifall links.)

Preussischer Justizminister Schöndorfer: Er habe bisher nicht gesprochen, weil kein besonderer Anlaß dazu vorlag. Als preussischer Justizminister müsse er die Äußerung einer bestimmten Meinung vermeiden, weil es so aussehen könnte, er wolle die ordentlichen Gerichte, die ja möglicherweise doch zur Entscheidung in der Frage berufen werden, beeinflussen. Er wolle sich auch der Entscheidung enthalten, ob das Eigenbleiben eine Majestätsbeleidigung sei oder nicht. Er wolle, nur dem Abgeordneten Koerens jagen, die Reichsgerichtsentcheidung, die er angezogen hat, sagt das nicht, was er herausgelesen hat. Der Artikel 30 untersteht, seiner Meinung nach, nicht der Interpretation des Reichstags, sondern nur der Artikel 31. Ein Angriff auf die Immunität lag der Regierung fern. (Vehhafter Beifall rechts.)

Rickert (W.): Der Justizminister hat hier eine Stellung eingenommen, als sei er nur der geborfame Diener des Staatsanwalts, dem er doch Weisungen zu geben hat. Sein Auftreten erinnere ihn an dasjenige des Ministers v. Pöppe. Am besten wäre es gewesen, den Vorgang zu ignoriren. Die Resolution Bennigsen sei unannehmbar. Warum sage übrigens Herr von Bennigsen nicht, was er für verstärkte Disziplinarmittel wünsche. Er halte die ganze Affäre für eine hochpolitische Aktion des Staatsministeriums und frage den Justizminister, ob auch er sein stimmendes Votum gegeben habe. Erfolge eine nachträgliche gerichtliche Verfolgung und, wie er erwarte, dann eine gerichtliche Freisprechung, so habe die Regierung ihre Autorität schwer geschädigt. (Beifall links.)

Staatsminister v. Köller erklärt noch einmal, daß er die Verantwortung für den Artikel in der „Korrespondenz“ übernehme. Dem Abg. Rickert erwidere er, der Reichstag solle nur für die Wahrung seiner Autorität sorgen. Die Regierung werde für die Wahrung ihrer Autorität selbst sorgen.

Justizminister Schöndorfer verweigert auf die Frage des Abg. Rickert die Auskunft, weil es sich um Interna des Ministeriums handle. Liebermann von Sonnenberg (Antij.) erklärt im Namen seiner politischen Freunde, daß diese mit Ausschluß seiner

es gelang, habe mich als solch schrecklichen Wert meinen Wählern vorgestellt. So weit sind wir also noch nicht. Das wie nach der Umsturzvorlage und der wunderbaren Rede des Herrn Weimiggen dazu kommen sollte, ist allerdings klar. (Sehr richtig, bei den Sozialdemokraten.) Herr von Weimiggen hat auf den Verfassungskonflikt, den Volkmar und ich in Sachsen geleistet haben, angespielt, der Treue gegen den König verlangt. Jawohl, den haben wir geschworen, und wenn Sie ihn hier einführen, schänden wir ihn auch. (Weiterkeit.) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Große Unruhe und Wärm rechts. (Stunde des Präsidenten.) Nebenbei muß diese Frage für Sie, Herr von Weimiggen, wirklich sehr schlecht sein. Denn wenn man schon einmal dem König von Hannover den Treueid geschworen hat und nachher sehr zufrieden war, als der König wenig sagt und Hannover dann von Preußen annektiert wurde, dann soll man von vollständiger Ungehörigkeit nicht reden. (Sehr richtig, bei den Sozialdemokraten.) Und weiter, wenn es nicht zur Union, sondern zum Frieden zwischen beiden Ländern gekommen, ähnlich wie zwischen Preußen und Sachsen, dann hätte auch in dem Friedensvertrag, wie in dem Friedensvertrag mit Sachsen, eine Annäherung für die künftigen Landesverträge aufgenommen werden müssen. Ach, sage das selbstverständlich nicht gegen Sie, Herr v. Weimiggen. Die Annäherungen sind immer aufgenommen. (Große Weiterkeit v. d. Sozialdemokraten.) Gerade die National-Liberalen brauchen uns nicht Mißgunst vorauszuwerfen. Zur Zeit des Verfassungskonflikts in Preußen ist ein ganzer Teil der nationalliberalen Herren bei dem Hoch auf den Monarchen stehen geblieben. (Widerspruch bei den Nationalen.) Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. (Große Unruhe.) Noch im vorigen Jahre schrieb die „Allg. Zig.“: „Wir müssen es als das größte Verdienst Wilhelms ansehen, daß er uns ehemalige Real-Republikaner zu Veranständlichten gemacht hat!“ (Sehr gut links.) Das sind Sie meine Herren von der national-liberalen Partei. (Große Weiterkeit.) Ich will einmal den neben Weimiggen stehenden Kollegen Hammacher fragen, was er 48 und später getan hat. Und meine Herren, Ihre Parteigenossen Maugel? (Stürmische Weiterkeit.) Kommunist, Atheist, Republikaner, Organisationsleiter der Bauernausstände! (Sehr richtig, links.) Ja, wenn man solche Wandlungen durchgemacht hat, nicht von rechts nach

links, wie ich, sondern von links nach rechts, dann soll man uns nicht mit fittlicher Entrüstung kommen und von der Untergrabung aller Autorität reden. In Deutschland sind die Autoritäten in erster Best gewaltig untergraben worden, am wenigsten aber von der Sozialdemokratie. (Weiterkeit.) Am meisten von Ihnen da drüben! Ich erinnere mir an die Rede der Agrarier gegen den neuen Kurs! Was wir in den letzten Jahren in Deutschland erlebt haben; heute so, morgen so, übermorgen wieder so, wo nicht heute schon, aber Nacht wieder verschwunden ist. Wer in dieser Weise arbeitet, alles durcheinanderbringt, der ist der größte Untergraber der Autorität, der jemals existiert hat. (Weiterkeit und Weisheit links.) Die Disziplinargewalt des Präsidenten soll verstärkt werden. Weimiggen hat die Verhältnisse in den Parlamenten Englands, Frankreichs und der Union angeführt. Ich gebe das alles zu; das hängt aber mit der ganzen übrigen Gesetzgebung zusammen. Trotz dieser einzelnen Beschränkungen ist das Maß von Preß- und Meißelbarkeit in diesen Ländern ein viel größeres, als bei uns. So schwer aber auch immerhin gewisse parlamentarische Vergehen wie in der französischen Kammer z. B. bestraft werden, so wäre es doch niemals dort möglich, daß ein Abgeordneter auch nur zur Ordnung gerufen würde, der bei einem Hoch auf die Republik liegen geblieben wäre. Wenn Sie uns im übrigen alle die Rechte, Freiheiten und Privilegien geben, die die Kammern von Frankreich, England und der Union haben, dann sind wir gern bereit, die strengsten Disziplinarmassregeln gutzuheißen, die Sie aus diesen Verfassungen herausheben können. Aber davor bitten Sie sich. Nur das Schlimmste, nicht das Gute nehmen Sie von anderswo. Was würden die englische oder amerikanischen Volksvertretungen dazu sagen, wenn dort ein Justizminister mit einem solchen Antrage wie hier gegen Liebknecht kommen würde. Da würde ohne Unterschied der Parteien ein solches Mißtrauensvotum gegen die betr. Regierung ausgesprochen werden, daß sie binnen 3 Stunden ihre Plätze verlassen müßte. (Sehr richtig links.) Bei uns in Deutschland ist das anders. Dafür sind wir ja Deutsche. (Kurze rechts.) Die deutsche Verfassungskultur reicht sehr hoch hinauf. (Stunde des Präsidenten. Große Unruhe rechts. Wegen Beleibung der deutschen Nation

wird der Redner zur Ordnung gerufen.) Heber den „Umschlag“ zu reden, den Herr Weimiggen berührt hat, wird ja am Montage Gelegenheit sein. Schreiben Sie uns nur nicht das Wort ab, wie beim St. Wir werden bei der Umsturzvorlage denselben moralischen Erfolg haben, wie bei den heutigen Debatten. (Verhätter Weisheit bei den Sozialdemokraten.) Herr v. Weimiggen hat an das Zusammenhalten der Parteien gegen uns appelliert. Thun Sie's mir. Wir sind nicht Schuld, daß Sie sich fortwährend gegenseitig in die Haare fahren. Woher kommt es, daß Sie sich gegen uns nicht vereinigen können? Weil sich innerhalb der verschiedenen Parteien verschiedene Klasseninteressen gegenüberstellen, weil die Herren vom Zentrum etwas ganz anderes wollen, als die Nationalliberalen u. s. w., weil das Bestreben jeder Partei, ihre Interessen zu den maßgebenden und herrschenden im Reich zu machen, die einzelnen Parteien verfehrt, auf ihrem Kopf zu bestehen. Diese Verfehrtheit der Interessen wird Sie niemals uns gegenüber eintig werden lassen, und wenn Sie es einmal werden sollten, dann ist es zu spät! (Stürm. Weisheit bei den Sozialdemokraten.)

In namentlicher Abstimmung wird der Kommissionsantrag mit 168 gegen 68 Stimmen angenommen; Abg. Liebknecht enthält sich der Abstimmung. Die Resolution wird gegen die Stimmen der vier Parteien der Linken angenommen.

Der Präsident schlägt vor, am Montag, 12 Uhr, die erste Berathung der Umsturzvorlage zu beghnen. Abg. Lehmann widerspricht. Die Abstimmung muß durch Auslösung erfolgen und ergiebt bei 197 Mitgliedern die Beschlußfähigkeit des Hauses. Es stimmen 101 für, 99 gegen den Montag. Der Präsident setzt darauf aus eigener Machtvollkommenheit die nächste Sitzung auf Montag, 12 Uhr, fest. Schluß: 7 1/2 Uhr.

Infolge des langen Reichstagsberichtes mußten sämtliche andere Sachen zurück gelegt werden. Bei der Wichtigkeit der Verhandlungen glaubten wir so am Besten im Interesse unserer Leser zu handeln.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

**Familien-Nachrichten.**

Die Verlobung mit Heinrich Rheders und unserer Tochter Regine ist nicht von Herrn Heber, sondern von der Braut aufgehoben.

**Geschäfts-Anzeigen.**

**Seifen**  
in eleganten Cartons.

**Parfümerien**

Nippes, Körbchen etc.

**Zerstäuber**

von 50 Pf. bis 10 Mark.

**Kronenkerzen**

schlicht und decorirt.

Datteln, Feigen, Traubrosinen,

Tannenbaumcakes u. -Lichte

zu billigsten Preisen.

**Ferd. Kayser**, Drogerie,

Lübeck, Breitstr. 81.

**Carl Schrader**

Königstraße 129

(Ende der Mühlenstraße)

empfehlen

sein großes Lager

in:

**Leibwäsche**

für Damen, Herren und Kinder,

**Unterzeuge**

für Damen, Herren und Kinder,

**Kragen und Manschetten**

in Seiden, Papier und Gummi,

**Cravatten u. Schlipse,**

Arbeiterhemden,

**Taschentücher**

weiße und andere,

**Unterhüte, Corsetts,**

**Strümpfe u. Fäden,**

**Handschuhe**

in Glace und Wolle,

**Poseuträger, gestickte u. andere,**

**Regenschirme, ganz neue Muster,**

**fertige Mädchenkleider,**

**Kleiderparade u. Kleiderkonts**

in sehr hübschen Dessins,

**Hemdentuche u. Schürzenstoffe**

Gebe auf sämtliche Waaren

**10 pCt.**

**Schulkränzel u. Taschen**

in großer Auswahl

zu billigen Preisen.

**J. Löfler, Lederwarenfabrik**

5 Sandstraße 5.

**Tannenbaum-**  
Cakes  
Confect  
Lichte  
Lichthalter  
Schmuck

Wallnüsse und Haselnüsse  
Traubrosinen u. Krachmandeln  
Feigen, Datteln  
Lau'schen Kuchensyrup

sowie  
sämmliche Colonialwaaren  
zu billigen Preisen empfiehlt  
**August Vietig**  
45 Fischergrube 45.

**Die Butterhandlung zur Krone**  
Markt 3 u. Kohlmarkt 12  
offert trotz der theuren Butterpreise:  
**Feinste Speisebutter,**  
das Pfd. 90 Pf. u. 1 Mt.,  
**feinste Tafelbutter,** 1 u. 1,10 Mt.,  
**feinste Meierei- und Horstbutter,** 1,20 Mt.,  
**Margarine,**  
**feinste Süsrahm,**  
von 45-80 Pf. das Pfd.  
**frische Landeier, Speck, Schmalz etc.**  
**Käsesorten:**  
**Schweizerkäse,** vollfäsig, 60, 80 und 100 Pf. das Pfd.,  
**Holländer,** alt pikant, 60 bis 100 Pf. das Pfd.,  
**Tilsiter,** à 40, 60, 80 Pf. das Pfd.  
**Feinste pikante Mittergutskäse** das Stück 30 und 40 Pf. und noch andere Käse zu den nur denkbar billigsten Preisen.  
Sämmtliche Waaren sende prompt und schnell und berechne Hausbäckern, Conditoren, Hoteliers und Wiederverkäufern billigere Preise.  
Ergebnis - Die Obige.

**Offertiere zum bevorstehenden Weihnachtsfest!**  
Parzer Kanarienhähne im Preise von 6 Mt. an, hochrote Dampfaffen in Paaren und einzeln, Alpen-Stiegliche, Birken- und Erlsen-Zeitige, Edel-Finken, rothe Kreuz-Schnäbel, Hänstlinge u. zc. Letzte Garantie für gesunde Vögel und Hähne.  
**R. Sien,** Augustenstraße 6.

**Großer Uhren-Ausverkauf!**  
Nur gute Waare mit 3jähr. Garantie



Silberne Herren- und Damen-Reumontir-Uhren 15-18 Mt.  
Gold. Damen-Uhren 20-35 Mt.  
Regulaturen, 14 Tagw. Ia., 8-20 Mt.  
Stand- u. Wäckeruhren 3-5 Mt.  
Anabenuhren 6-9 Mt.  
Verkauft u. außerhalb fr. gegen Nachn.

Umtausch gerne gestattet.  
Uhrketten, große Auswahl, zu Einkaufspreisen.  
Reparaturen unter einjähriger Garantie.  
Federn 1,50 Mt., Gläser 50 Pf.

**Johannes Probst, Hint. der Burg 5-7,**  
Bei der gr. Burgstraße am Burghor.

**Lützenburger Himmel**  
**Krummesser Himmel**  
**Lübecker Himmel**  
**Rum, Cognac, Arrac**  
sämmt. Sorten Weine  
in Gebinden, Flaschen und im Kleinverkauf  
empfehlen  
**August Vietig,**  
Fischergrube 45.

**Empfehle zum Weihnachtsfest**  
mein bekanntes reichhaltiges Lager von allen Sorten  
**Ruchen**  
**Pfeffernüssen**  
**Pflastersteine zc.**  
in bekannter Güte.  
**E. Scheel**  
J. H. Heidenreich Nachf.,  
Altefährer 1.

**Uhren reinigen. 1,50,**  
**Federn einsetzen. 1,50,**  
**Uhrgläser 1. Dual. 0,30.**  
**Aug. Büttner,**  
Uhrmacher,  
76 Glockengießerstraße 76.

**Boyjakten, Jagdwesten**  
von Mt. 1,50 an,  
**Unterzeuge** aller Art  
von 60 Pf. an,  
**Arbeits-Anzüge**  
dauerhaft und billig.  
**L. Duve,** Gr. Burgstraße 32.

**Ein großer Posten Pfeilerpiegel**  
mit Crystallglas  
von 9 Mark an.  
**Folkers Möbel-Magazin**  
Marlesgrube 25.

**Größte Auswahl in Korbwaren**  
insbesondere  
**Lehnstühle** von den einfachsten bis elegantesten  
**Duppenwagen**  
in schönen Mustern, sowie a. u. zu sehr billigen J. Oldenburg Königl. 30, gegen Preisen. J. Oldenburg über dem Gatharinenum.

Den Parteigenossen empfehle zum Weihnachtsfest:  
**Wallnüsse, Haselnüsse**  
**Mandeln, Feigen**  
und Tannenbaumschmuck jeglicher Art.  
**W. Westphal**  
Schwartauer Allee Nr. 78.

**Heinr. Schmöse, Danfmarktgr. 34**  
**Möbel-Magazin**  
Ganze Ausstattungen von 180 Mt. an frei Haus

**Frische feste Bauernbutter,**  
sowohl auf dem Brod zu essen, wie auch besonders zum Kuchenbacken geeignet. Pfd. 90 Pf., Schmalz, Pfund 50 und 60 Pf., hiesigen Speck, bieder durchwachsener, Pfd. 65 Pf., fetten 70 Pf., dünner durchwachsener, Pfd. 75 Pf., geräucherter Landmettwurst, Pfd. 90 und 100 Pf., geräucherter Schweinskopf, Pfd. 45 Pf., Eier, alle nach gesehen und gut. 9 Stk. 60 Pf., empfiehlt  
**J. F. D. Götke,** Kupferstraße 7.

**Kartoffeln,**  
feinste französische, sowie gelbe Magnum bonum empfiehlt billigst  
**W. Scharfenberg,** Al. Kleau 8.

**Eigenes Fabrikat**  
von  
**Sofenträgern, Schulmappen, Ränzeln**  
und sonstigen Lederwaren  
zu billigen Preisen.  
Reparaturen prompt und billig.  
**J. F. G. Schweder Nachf.**  
Fischergrube 27.

**Vermischtes.**

Empfehle mich zum Einrahmen von Bildern sowie zu allen in meinen Fach vorkommenden Arbeiten.  
**H. Mews, Glaser, Böttcherstr. 7.**

**Ein grauer Hund zugelaufen.** Abzuholen flattung von Futtergeld und Insertionskosten.  
Schwartauer Allee 78.

**Kanarienhähne (Parzer Nachzucht),** bei Tag und Nacht singend, in großer Auswahl von 3 Mt. an, 8 Tage Probezeit. **Regdienstraße 43, II.**

**Ein gut erhalt. Kollwagen**  
billig zu verkaufen. Schwartauer Allee 78.

Sofort ein möbirtes, leicht heizbares Zimmer zu vermieten. Langer Lohberg 43, I. Et.

Ein freundlich möbirtes Zimmer zu vermieten. Augustenstraße 23 a, I. Etg.

Zu sofort gutes Logis für 1 oder 2 junge Herren od. Mädchen, sowie sof. od. I. April eine kleine Wohnung an einzelne Leute zu verm. Preis 130 Mt.  
Zu erfragen Karpfenstraße 19.

**Vereins- und Vergnügungs-Anzeigen.**

**Arbeiter-Corn-Verein.**  
Ungeordentliche  
**General-Versammlung**  
am Mittwoch den 19. Dezbr.  
im Vereinslokal, Deponau No. 27.  
Tages-Ordnung:  
1. Statutarisches. 2. Verschiedenes.  
Der Vorstand.

**Stadttheater in Lübed.**  
Dienstag den 18. Dezember:  
52. Abonnements-Vorstellung. 4. Serie: Bianca  
Anfang 7 Uhr. Opernrevue.  
Zum letzten Male in dieser Saison:  
**Carmen.**  
Mittwoch den 19. Dezember:  
53. Abonnements-Vorstellung. 5. Serie: Gelb  
**Max und Moritz.**  
Das Wiedermehnen hinterm Herd.

Die noch vorhandenen Vorräthe in:  
**Winter-Paletots, Winter-Joppen, Reiseröcken,**  
**Hohenzollernmäntel, Schlafrocken, Rock- u. Jacketanzügen**  
 geben wir der vorgerückten Saison wegen

**zu Einkaufs-Preisen**  
 ab.

Holstenstraße **Gebr. Vandsburger** Holstenstraße  
 10. 10.

**Größtes Special-Geschäft für elegante Herren- und Knaben-Garderoben.**  
 Um Verwechslungen zu vermeiden, bitten genau auf Haus-Nummer **10** gefl. zu achten.

Grösste Auswahl, neueste Moden  
**Herren- u. Knaben-Hüte**  
 Mützen, Pelzwaren, Schlipse, Schlipsnadeln  
 empfiehlt zu den billigsten Preisen  
 Holstenstr. 32. **C. H. Wessel.** Holstenstr. 32.  
 Pelzwaren und Hüte werden schnell und billig aufgearbeitet.

# G. Neidlinger

beehrt sich ergebenst anzuzeigen, daß die bisherigen Medaillen für den Ankauf der renom-  
 mirten, auf der Chicago Ausstellung wieder mit 54 ersten Preisen prämiirten

## Original Singer Nähmaschinen

herabgesetzt sind, um den Ankauf der für den Haushalt so ungemein nützlichen Näh-  
 maschine noch mehr zu erleichtern. Neben einer geringen Anzahlung sind Medaillen fest-  
 gesetzt von:

**1 Mark wöchentlich**  
 oder  
**4 Mark monatlich.**

Maschinen, welche nicht für den Hausgebrauch gekauft werden, sondern aus-  
 schließlich dem Erwerb dienen sollen, werden gegen eine geringe Anzahlung und  
 Mark 1,50 wöchentliche Abzahlung auf Kaufvertrag abgegeben und gehen nach erfolgter  
 Zahlung in das Eigenthum des Käufers über.

Auf Wunsch werden auch Nähmaschinen auf beliebige Zeit gegen eine wöchent-  
 liche Miete von Mk. 1,50 verliehen, um es auch Demjenigen zu ermöglichen, der  
 nicht kaufen will und nur vorübergehend genügend Arbeit hat, sich eine billige Hilfs-  
 kraft zu verschaffen.

**G. Neidlinger, Lübeck.**

## Havanna - Cigarren

unsortirt, per Stück 5 Pfg.

**Joh. Heinr. Meier, Holstenstraße Nr. 11.**

Wegen Veränderung meines Ladens  
 verkaufe  
**Schuh- und Stiefel-Lager**  
 Engelswich 35 **Heinr. Cords, Engelswich 35**  
 zu bedeutend herabgesetzten Preisen.

### Singer

**Tritt-Nähmaschinen, à 48 Mark**  
**Hand-Nähmaschinen, à 30 Mark**

Borzügliches Fabrikat, 3jährige Garantie! Unterricht wie auch etwaige  
 Reparaturen umsonst!

**J. H. Reimann, Mechaniker,**  
 Lübeck, Königstraße 74.

**Grösste Auswahl!**  
**Billigste Preise!**  
**15**

Umtausch bereitwillig!  
**Billigste Preise!**  
**15**

Woll- u. Cachemire-Schürzen  
 Thee- und Küchen-Schürzen  
 Kinder-Schürzen jeder Art  
 Taschentücher v. 5—70 Pfg.  
 Halstücher v. 5 Pfg. bis 5 Mk.  
 Staub- und Gläfertücher  
 Bett-, Schutz- u. Tischdecken  
 Teppiche und Bettvorlagen  
 Regenschirme, eleg. zu 2—6 Mk.  
 Wintermäntel und Sackets  
 Mädchen-Paletots und Regenmäntel

Damen- u. Kinder-Kopfhüllen  
 Jagdwesten v. 2—9,50 Mk.  
 Unterzeuge und Unterjacken  
 Corsets und Schultertragen  
 Strümpfe u. Socken jeder Art  
 Unterröcke, bauerhaft, v. 60—900 Pfg.  
 Damenhemden und -Hosen  
 Kinderhemden und -Hosen  
 Chemisets und Cravatten  
 Knaben-Paletots und Anzüge  
 Herren-Paletots u. Anzüge

**15**  
 Obere Megidienstraße.  
**Albert Meincke.**  
 Filiale: Beckergarbe 36, Ecke Kupferschmiedestraße.

## Lübecker 50 Pfg.-Bazar

Hauptgeschäft: Kupferschmiedestr. 11. Filiale: Mengstraße 18, Café Central.

### Grösste Auswahl hier am Plage!

Es würde zu weit führen, jeden Artikel zu benennen.  
 Mache ganz besonders auf meine billigen Preise aufmerksam.

Ergebenst **H. Gröper.**

## Zum Weihnachtsfeste

empfehle:  
**Marzipan**  
 in Sorten jeder Größe zu Fabrikpreisen.  
 ff. Marzipan-Masse, pr. Pfd. Mk. 1  
**Cannenbaum-** { Caffee  
 Confekt  
 Schmuck  
 Tische  
**Nüsse — Feigen — Datteln**  
 Traubrosinen, Brachmandeln u.  
 Ferner:  
 Ia. Kuchensyrup, Pottasche  
 Hirschhornsalz, Succade  
 Pommeranzenschalen, Citronen  
 und Gewürze aller Art  
 gut und billig.  
**Chr. Brandt,**  
 Beckergarbe 56.

## Die Tabak- und Cigarren-Fabrik

von **C. Wittfoot, Hürstr. 18**  
 empfiehlt selbstverfertigte, in Extraktien verpackte  
 zu Festgeschenken  
 besonders geeignete Cigarren  
 in folgenden Sorten:  
 Havana, 1/20 Mille (50 Stk.) 4,50 u. 3,75 Mk.  
 Brasil mit Havana, 1/20 Mille, 3,50 Mk.  
 Sumatra mit Havana, 1/20 Mille, 3,50 Mk.  
 Sumatra mit Brasil, 1/20 Mille, 3 u. 2,50 Mk.  
**Pfeifen, Shagpfeifen,**  
 Cigarren- u. Cigarretten-Spitzen u. Kluis  
 Rands-, Kan- u. Schnupftabak  
 gut und billig.  
**Zimmerparfüm,** angenehmes und  
 haltung eines feinen Wohlgeruches aller  
 bewohnter Räume, Salons u. a. H. 1 Mk.  
 bei **Ferd. Kayser,**  
 Lübeck, Breitenstr. 31.

Hinter den Kulissen der Antisemiten.

I.

Unter diesem Titel veröffentlicht der frühere Redakteur des 'Wöckel'schen Reichsherold' in Marburg...

Unter diesem Titel veröffentlicht der frühere Redakteur des 'Wöckel'schen Reichsherold' in Marburg und des 'Deutschen Tageblattes' in Nordhausen, Wilhelm Georg, eine Broschüre, in welcher er seine 'Erinnerungen aus dem antisemitischen Hauptquartier' wiedergibt.

Wald darauf wurde er als Redakteur vom 'Reichsherold' angestellt. Er schildert nun, wie er von Wöckel für den 'Mitteldeutschen Bauernverein verpflichtet' wurde und fährt fort:

Mein nächster Gang war in die Redaktion. Dort saß der geistige verantwortliche Leiter des 'Reichsherold', der jetzige Redakteur der 'Hannoverschen Post', Herr Soh. Reithwisch, Mathematiker von Haus aus.

der puren Begeisterung doch auch nicht leben konnten, protestierten oft sehr energisch, da sie dann in der Regel keinen Gehalt erhielten.

Gold und immer wieder Gold scheint übrigens das Hauptziel Wöckel's — der 80000 Mark Schulden hatte, wie in den 'Erinnerungen' bestätigt wird — gewesen zu sein.

Eine andere 'Erinnerung' des Verfassers zeigt die Herren Antisemiten in wahren Blicke:

Die antisemitische Volkspartei bezw. der 'Mitteldeutsche Bauernverein' hatte angefangen, im Wahlkreis W.-S.-W. zu agitieren. Eine Ortsgruppe war da gegründet, die Neugründung anderer stand bevor.

Wie es im 'Mitteldeutschen Bauernverein' zugeht, darüber wird folgendes erzählt:

'Ich habe einen Brief eines antisemitischen Abgeordneten in Händen, worin sich derselbe bedauernd über dieses Vorgehen Wöckel's ausdrückt, und in dem es heißt: 'A., der für fünfzig Prozent (!) Ortsgruppen gründet, wohnt schon längere Zeit hier und agitirt für Hirschel.'

Die Lieferanten des Vereins müssen alle an Wöckel Prozente bezahlen, sonst konnten sie überhaupt kein Geschäft machen.

'Uebershaupt bei Großisten, die mit dem 'Mitteldeutschen Bauernverein' Geschäfte machten, war der Vorsitzende dieses Vereins gar nicht blickte.

Marl haart an den Verleger des Reichsherold geachtet hat. Die Frima Geuner-Schlächtern mußte 500 Mark bezahlen und das Alles waren Kolonialwaarenhändler!

Ueber das 'Verkaufsbureau' erfahren wir:

Ein Stempel, der den schön klingenden Namen 'Verkaufsbureau des Mitteldeutschen Bauernvereins' trug, war wohl vorhanden, ich gehe noch weiter, ich gebe sogar zu, daß einige Verkäufe vornehmlich durch den Schriftführer Hirschel abgeschlossen worden, das war aber auch Alles.

Soziales und Partei-Leben.

Allerlei Stegmillereien. Unter dieser Spitzmarke bringt der Chemnitzer 'Beobachter' einen längeren Auf-

Oliver Twist.

Sozialer Roman von Charles Dickens.

(72. Fortsetzung.)

'Fahren Sie fort,' sagte Monks, sich abwendend. 'Nach. Ich habe genug gethan. Halten Sie mich jetzt nicht auf.'

'Dieser Knabe,' sprach Brownlow weiter, die Hand auf Oliver's Kopf legend, 'ist Ihr Halbbruder, der Sohn Ihres Vaters, meines theuern Freundes Edwin Beeford, von der jungen Agnes Fleming, der die Geburt des Kindes das Leben kostete.'

'Ja,' sagte Monks, dem zitternden Knaben, dessen Herzschläge er fast hätte hören mögen, fortwährend finstergroellende Blicke zuwerfend. 'Er ist der Bastard.'

'Der Ausdruck, dessen Sie sich bedienen,' entgegnete Brownlow im Tone strengen Tadelns, 'enthält einen Vorwurf gegen Verstorbene, die den kurzlichstigen Nichterben dieser Welt längst entrückt sind, und beschimpft keinen Lebenden, Sie selbst ausgenommen. Doch genug davon. Der Knabe ist in dieser Stadt geboren?'

'Im Armenhause dieser Stadt. Sie haben es da aufgezeichnet.'

'Die hier Anwesenden müssen es auch hören.' 'So hören Sie. Als sein Vater in Rom erkrankt war, begab sich seine Frau, meine Mutter, zu ihm — so viel ich weiß, um sein Vermögen zu sich zu nehmen, denn sie hatte kein Zuneigung zu ihm, wie er nicht zu ihr. Sie nahm mich mit. Er kannte uns nicht, denn er lag schon ohne Bewußtsein, und schlummerte bis zum folgenden Tage fort, wo er starb. In seinem Schreibtische fand ich ein Päckchen Papiere, datirt vom ersten Tage seiner

Krankheit, und adressirt an Sie, Mr. Brownlow, mit der Bemerkung, daß es erst nach seinem Tode zu befördern sei. Das Päckchen enthielt ein Schreiben an die Agnes Fleming und ein Testament. Das Schreiben war voll von reuigen Bekenntnissen seiner gegen sie angewendeten Verführungskünste, und Bitten zu Gott um Beistand für sie. Es fehlten zu der Zeit nur noch ein paar Monate bis zu ihrer Entbindung. Er sagte ihr, was er zu thun beabsichtigte, ihre Unehre zu verbergen wenn er am Leben bliebe, und flehte sie an, falls er stirbe, seinem Andenken nicht zu fluchen, oder zu glauben, daß sein und ihr Vergehen an ihr und ihrem Kinde heimgesucht werden würde, denn die ganze Schuld wäre sein. Er erinnerte sie an den Tag, an welchem er ihr das kleine Schloß geschenkt und den Ring mit ihrem Taufnamen und einem offenen Raume für den Namen, den er gehofft auf sie übertragen zu können; bat sie, das Geschmeide, wie sonst, auf ihrem Herzen zu bewahren, und wiederholte dann das Alles abermals, als wenn er von Sinnen gewesen wäre — was, wie ich glaube, auch wirklich der Fall gewesen ist.'

'Aber das Testament,' fiel Brownlow ein, 'da Oliver schmerzliche Jähren über die Wangen hinabließen. Es war in demselben Sinne und Geiste abgefaßt. Er sprach darin von dem Elende, das ihm seine Frau bereitet; von Ihrer frühen Bosheit und Nachlosigkeit, seines einzigen, in Haß gegen ihn erzogenen Sohnes, und vermachte Ihnen und Ihrer Mutter Jahrgelder von je achthundert Pfund. Die Masse seines Vermögens theilte er in zwei gleiche Theile, und bestimmte den einen für — Agnes Fleming, und den andern für sein und ihr Kind, wenn es lebendig geboren würde und die Jahre der Mündigkeit erreichte. Wenn es ein Mädchen wäre, so sollte ihm die Erbschaft sonder Bedingungen zufallen; wäre es aber ein Knabe, so sollte sie an die Bedingung geknüpft sein,

daß der Erbe bis zu den Jahren der Mündigkeit seinen Namen durch keinerlei öffentliches Vergehen beflecke. Ihr Vater traf diese Bestimmung, wie er sagte, um dadurch sein Vertrauen zu der Mutter, und seine, durch den heran-

'Meine Mutter,' nahm Monks, und zwar mit lauterer Stimme, wieder das Wort, 'that, was einer Mutter zukam — sie verbrannte dieses Testament. — Das Schreiben gelangte nie an seine Bestimmung; sie bewahrte es aber neben anderen Dokumenten auf, falls die Fleming's den Versuch machen sollten, den Mafel abzuleugnen. Agnes Vater vernahm die Wahrheit von ihr mit jeder erschwerenden Vergrößerung, die ihr bitterer Haß — wofür ich sie jetzt liebe, hinzuzufügen vermochte. Sein verletztes Ehrgefühl bewog ihn, sich mit seinen Kindern nach einem entlegenern Orte in Wales zu begeben, und um desto gewisser selbst seinen Freuden vor-

Es trat ein kurzes Stillschweigen ein, bis Brownlow den Faden der Erzählung wieder aufnahm. 'Nach Jahren,' sagte er, 'erschien dieses jungen Mannes — Eduard

sah, der sich gegen das vielerwärts bei den Gemeinde-  
rathswahlen beobachtete Bestechungs- und Bestechungs-  
system der Partei wendet. So hat z. B. in Böhmen  
der sozialdemokratische Wahlverein mit einem bürgerlichen  
Berein gemeinsam eine Liste aufgestellt, worauf sich neben  
Sozialdemokraten auch Kriegervereiner befanden. In  
Böhmen hat sich auch ein von den Sozialdemokraten  
früher gewählter Stadtverordneter im Stadtverordneten-  
kollegium mit Händen und Füßen gewehrt, umstürz-  
lerischer Sozialdemokrat zu sein! In Böhmen haben die  
Genossen unbegreiflicher Weise von der Aufstellung eigener  
Kandidaten bei der Gemeinde-rathswahl abgesehen, dafür  
stehen sie aber dem „Beobachter“ eine Aufforderung zu-  
gehen, worin die Arbeiter ersucht werden, anstatt des aus-  
scheidenden Bergdirektors Müller, der bei jeder Ge-  
legenheit die Rechte des Volkes zu schmälern suchte, den  
Bergdirektor Otto Richter zu wählen. Unser Chem-  
nitzer Parteivorstand lehnte selbstverständlich die Aufnahme  
dieser Aufforderung ab, denn der eine Berggrath ist eben-  
sowenig ein Kandidat für die Arbeiter wie der andere.  
Der „Beobachter“ rügt mit Recht dieses ganz undemo-  
kratische und grundsatzwidrige Handeln bei den Gemeinde-  
rathswahlen und fordert die Genossen auf, fest am  
Prinzip zu halten. Diese Mahnung möchten sich die  
Genossen allerwärts zu Gemüthe ziehen, wo die Gemeinde-  
rathswahlen stattfinden.

Vom Glend des ländlichen Arbeiters. Unser Bran-  
denburger Parteiorgan berichtete kürzlich, daß der Arbeiter  
Wilhelm Herbst aus dem Dorfe Görne bei Friesack mit  
seiner zahlreichen Familie seit fünf Mo-  
naten vollständig obdachlos ist. Seit 1877  
wohnte er bereits in Görne, hat seine Familie mit sieben  
Kindern stets redlich und ehrlich ernährt und den Mleth-  
ins stets pünktlich bezahlt. Da kam er durch Krankheit  
in eine bedrängte Lage, konnte die Miete vom Januar  
bis Juli 1894 nicht bezahlen und wurde auf Antrag des  
Gemeindevorstehers vom Gerichtsvollzieher am 19. Juli  
samt Sachen und Familie auf die Straße gesetzt, allwo  
er sich noch immer befindet. Herbst selbst sagt in einem  
Briefe, den er an unser Brandenburger Bruderorgan  
richtet u. A.: „Mein jüngstes Kind war bei der gericht-  
lichen Eumitirung aus der Wohnung vier Monate alt  
und mußte nun auf der Straße alles Unwetter mit durch-  
machen. Dazu muß ich bemerken, daß der Gemeindevor-  
steher Thieme zu meinem Wirth gesagt hat, er soll  
mich auf seine Verantwortung gerichtlich aussetzen lassen.  
Es werden am 19. Dezember fünf Monate, daß ich mit  
meiner Familie auf der Straße liege. Der pp. Thieme  
hat hier in Görne beim Gastwirth den Reisestall  
gemietet, in welchem ich mit meiner Familie bis zum  
1. Oktober wohnen sollte. Da ich dies aber verneinte,  
so wohne ich immer noch bei „Mutter Grün“. Vom  
Schöffengericht zu Rathenow bin ich wegen Nichtbe-  
schaffung eines Unterkommens mit einem Tage Haft  
bestraft worden. Hier in Görne kann ich keine Wohnung  
bekommen und bin ich auch schon in den umliegenden  
Dörfern gewesen, wo ich vergeblich suchte. Ich frage  
nun hiermit ergebenst an, ist das gerecht von der Ge-  
meinde zu Görne, welcher ich meine Kräfte hingepflegt  
habe, daß sie mich jetzt als leidenden kränklichen Mann  
auf die Straße werfen läßt? Der Herr Landrath von  
Lobell setzte mich durch ein Schreiben in Kenntniß, daß  
die Gemeinde Görne nicht verpflichtet ist, mir eine  
Wohnung zu verschaffen, wenn ich auch hilflos und  
würde, es wäre gleich, wie lange ich schon in der Gemeinde  
wohne. Nun nach langer Zeit hat sich die Gemeinde  
nach einer Wohnung für mich umgesehen, und hatte im  
Dorfe Klefen eine Stube für mich bekommen. An dem-  
selben Tage hatte jedoch Klefen wieder abgeschrieben.  
Der Gemeindevorsteher hat nun meiner Frau nochmals  
den Reisestall als Wohnung angeboten, habe diese  
Unterkunft aber wieder abgelehnt. So lange wie ich auf  
der Straße liege, habe ich und meine Familie an der  
Gesundheit stark gelitten und meine Sachen sind ruiniert.“

Leesford's — Mutter bei mir. Er hatte sie in seinem  
achtzehnten Jahre verlassen, sie ihrer Sirenen und ihres  
Geldes beraubt, hatte gespielt, vergeudet, gefälscht und  
war nach London gegangen, wo er sich dem schlechtesten  
Gesinde zugesellte. Sie litt an einer schmerzhaften und  
unheilbaren Krankheit, und wünschte ihn vor ihrem Tode  
noch wiederzusehen. Es wurden die genauesten Nach-  
forschungen angestellt, welche endlich Erfolg hatten. Er  
ging mit ihr nach Frankreich zurück.“

„Und sie starb dort.“ fiel Monts ein, „nachdem sie  
lange auf dem Siechbette gelegen; und kurz vor ihrem  
Tode vermachte sie mir diese Geheimnisse, sammt ihrem  
unaussprechlichen und tödtlichen Haße aller darin Ber-  
wickelten, was jedoch unnötig war, denn er lebte schon  
seit langer Zeit in mir. Sie wollte nicht glauben, daß  
das Mädchen sich und dem Kinde den Tod gegeben,  
sondern hielt sich überzeugt, daß ein Knabe geboren und  
am Leben wäre. Ich schwur ihr, wenn je das Dasein  
eines solchen zu meiner Kunde gelangte, ihn mit der  
bittersten, unversöhnlichsten Feindschaft zu verfolgen, allen  
Haß an ihm auszulassen, den mein Innerstes hegte —  
ihn, den hochtrabenden Worten des beleidigenden  
Testaments zum Hohne, an den Galgen zu bringen. Sie  
hatte Recht gehabt. Er kam mir endlich in den Weg;  
ich machte einen guten Anfang, — und würde — ja,  
würde geendet haben, wie begonnen, wenn nicht eine  
schwanzmäulige Trulle, meine Anschläge vereitelt hätte!“  
Der Schändliche schlug sich mit der Hand vor die  
Stirn, murmelte in der Wuth ohnmächtiger Bosheit  
Bewünschungen über sich selbst, und Brownlow wendete

— Eine weitere Mittheilung kommt aus dem Dorfe  
Wagnitz, wo sich der Arbeiter Tieg ohne Wohnung be-  
findet. Er muß mit einem Unterschloß auf einem Horn-  
boden vorlieb nehmen. In Friesack logirt eine Armen-  
hänkerfamilie schon längere Zeit im Kuhstall. Trotz  
solcher Zustände behauptet man immer noch, daß wir in  
einer christlichen Welt leben. Von der Nächstenliebe ist  
da wenig zu merken.

## Aus Nah und Fern.

Lehe. Einen Selbstmordversuch machte am  
Montag Vormittag ein etwa 12jähriges Schulmädchen  
von hier. Es war in der Absicht, sich zu ertränken, in  
die in der Nähe der Auebrücke befindliche, nur mit einem  
Pfahlwerke eingestrebte sog. „Künderkühe“ gesprungen.  
Dies Vorhaben war jedoch von einem Müllergefellen,  
welcher die benachbarte Mühle bediente, bemerkt worden.  
Dieser lief hinzu, sprang ins Wasser und war denn auch  
so glücklich, die jugendliche Lebensmilbe zwar schon be-  
wußtlos, aber noch lebend ans Land zu bringen. Eine  
in Aussicht stehende verdiente Rächung Seitens der  
Eltern soll für das Mädchen das Motiv zur That ge-  
wesen sein.

Stade. Von der erzieherischen Wirkung  
des Militarismus. Das „St. Zbl.“ schreibt:  
„Ein Akt der Brutalität ist Sonntag Abend in der  
neunten Stunde von einem Soldaten des hiesigen Füsilir-  
Bataillons verübt worden. Bei dem von Busch'schen  
Hause an dem Hohenthor hat derselbe der Frau eines  
Sattlermeisters Bohnsdorf, welche ihren Bruder, den  
Bäckermester v. Busch, besuchen wollte und vom Saude  
aus auf dem Heimwege begriffen war, ohne jede Veran-  
lassung mit der blanken Waffe einen so furchterlichen  
Hieb über das Gesicht gegeben, daß die Nase der Frau  
fast ganz gespalten war und auch das rechte Auge schwer  
verletzt worden ist. Die unglückliche Frau, der ein ber-  
artiger Angriff selbstverständlich ganz unvermuthet kam,  
sank, von Schreck und Schmerz betäubt, besinnungslos zu  
Boden und wurde nach dem Krankenhause gebracht,  
wo ihr alsbald ärztliche Hilfe zu Theil wurde. Nach-  
dem die Wunde vernäht und ein Verband angelegt war,  
konnte sie gegen Mitternacht wieder nach ihrer Wohnung  
gebracht werden, wo sie zur Zeit nicht ganz unbedenklich  
darniederliegt. Der stark angetrunkene Soldat, welcher  
der 12. Kompanie angehört, Postel heißt, und bereits  
mit Festung vorbestraft ist, hat vorher schon auf dem  
Hofe des Müllerschen Lokals an der Wallstraße mit der  
blanken Waffe Unfug verübt und auf dem Wege nach  
dem Hohenthore einem hiesigen Tapezierer ohne jeden  
Grund mit dem Säbel einen Hieb über den Arm gegeben.  
Der Unhold wurde glücklicherweise bald ergriffen und in  
Untersuchungsarrest geführt.“ — Einige Tage Arrest  
dürften jedenfalls dem so thatendürftigen Urgermanen  
sicher sein.

Roblenz. Für 10 Pfennig — drei Monate  
Gefängniß! Ein früherer Posthilfsbote zu Merkloch,  
welcher einen Brief zur Post zu besorgen hatte und die  
zehn Pfennige für die Freimarkte unterschlagen hatte, wurde  
von der hiesigen Strafkammer wegen Unterschlagung amt-  
lich empfangenen Geldes zu drei Monaten Gefängniß, dem  
gesetzlich zulässig geringsten Strafmaß, verurtheilt. Ein  
altes Lied: Die kleinen Diebe usw.

Ordnungsparteilicher Fleiß. Das Meeraner Tage-  
blatt schreibt: „Aus der Stadtverordneten-Sitzung. Recht  
trotzlos sah es nach 8 Uhr im Sitzungssaal aus. Mehr  
Lichter brannten, als Stadtverordnete zu sehen waren.  
Einige der Herren, sowie der dienstthuende Schutzmänn  
gingen auf die Suche, um noch einige Mitglieder des  
Kollegiums aufzuspüren, damit es wenigstens beschluß-  
fähig wird. Endlich — nach einer weiteren Viertelstunde  
— ist das schwere Werk gelungen, das Kollegium ist be-  
schlußfähig — 14 Stadtverordnete sind erschienen, dann  
15 — und das genügt! Aber die Herren sind erbittert

sich unterdeß zu seinen entsetzten Freunden, und sagte  
ihnen, daß der Jude, der Leesford's alter Vertrauter und  
Helfershelfer gewesen wäre, eine große Belohnung von  
ihm für Oliver's Umstrickung erhalten. Es sei bedungen  
gewesen, daß er einen Theil der gezahlten Summe zurück-  
erhalten solle, falls Oliver wieder frei würde, und ein  
Streit über diesen Punkt habe Beide auf das Land ge-  
führt, welche Reife den Zweck gehabt, zu erkunden, ob  
der von Mrs. Maylie aufgenommene Knabe wirklich  
Oliver sei.

„Was haben Sie von dem Schlosse und Ringe zu  
sagen?“ fragte Brownlow, Monts wieder anredend.

„Ich kaufte sie den Leuten ab, von welchen ich Ihnen  
gesagt habe. Sie hatten sie der Wärterin entwendet,  
die sie der Leiche abgenommen.“ erwiderte Monts, ohne  
die Augen aufzuschlagen. „Sie wissen, was daraus ge-  
worden ist.“

Brownlow gab Grimwig einen Wink, dieser eilte mit  
Begeisterung hinaus, und kehrte nach wenigen Augenblicken  
mit dem widerstrebenden Werkhausehepaare zurück.

„Trügen mich meine Augen, oder seh ich den kleinen  
Oliver wirklich vor mir?“ rief Mr. Bumble mit schlecht  
erkünsteltem Entzücken. „Ach, Oliver, wenn Du wüßtest,  
wie bekümmert ich um Dich gewesen bin!“

„Schweig, Dumkopf!“, murmelte seine Ehehälft.  
„Frau, kann ich meinen Gefühlen wehren,“ entgegnete  
er, „wenn ich, der ich ihn kirchspielmäßig erzogen habe,  
ihn sitzen sehe zwischen den allerangenehmsten Damen und  
Herren? Ich hatte den Knaben immer so lieb, als wenn  
er mein eigener — eigener Großvater gewesen wäre,“

Aber diese Nachlässigkeit ihrer Kollegen, und auf Antrag  
des Herrn Stadtverordneten Maß, wird beschlossen, die  
erstmals unentschuldig oder als ungenügend entschuldig-  
Fehlenden mit 50 Pf., das zweimalige Fehlen aber  
mit drei Mark zu bestrafen. Der Beschluß tritt sofort  
in Kraft und wird hoffentlich seine Wirkung äußern.“

Einem rohen Volkbrand ist in voriger Woche in  
dem oberbayerischen Dorfe A bel z h a u s e n der 15jäh-  
rige Bursche Johann Frauentnecht zum Opfer gefallen.  
Den „Misch. N. N.“ wird darüber berichtet: Wenn im  
jener Gegend auf einem Hofe ausgedroschen ist, so macht  
man gern mit einem befreundeten Nachbarn, der im  
Dreschen etwas sämiger war, den Wly und wirft ihm  
eine aus Stroh geformte Puppe — San genannt — in  
den Stadel. Wird nun der mit der Ausföhrung des  
Scherzes Betraute ertappt, so lehrt sich der ganze Spot  
gegen ihn, und diesmal kostete leider der Wly dem Thäter  
das Leben. Der Dienstbude Frauentnecht versuchte näm-  
lich den Scherz mit den Nachbarn des Gastwirths Klefer,  
leider mißglückte ihm hierbei die Flucht. Der Erhaschte  
wurde nun im Gesicht mit Ruß geschwärzt und unter  
großem Hohn und zu seiner eigenen größten Befastigung  
mit gebundenen Händen, der „Tradition“  
entsprechend, auf einem Pferde durch die Straßen  
des Ortes geführt, wobei man, wie es bei diesem Anlasse  
stets geschah, die unsinnige Vorsichtsmaßregel gebrauchte,  
dem Reiter, um ihn vor dem Fallen zu bewahren, die  
Füße zusammenzubinden. Das Pferd, das  
dazu benutzt wurde, führte ein vierzehnjähriger Knabe.  
In Folge des bei diesem Aufzuge veranstalteten Lärmes  
wurde das Pferd scheu und ging durch. Nun konnte  
sich der unglückliche Reiter auf dem Pferde nicht mehr  
halten, glitt herab, und wurde unter dem Bauch des  
Thieres herabhängend, etwa 200 Meter weit geschleift.  
Als man das Pferd wieder einfang, war der Bursche be-  
reits todt.

Mittheilung. Eine Stunde vor der Stadt hat sich ein  
Mekrut vom Bahnzug überfahren lassen. Es wird be-  
hauptet, daß er sich mit gewissen Seiten des militärischen  
Lebens nicht abfinden konnte.

Verständig. Wie die „Thurgauer Zeitung“ berichtet,  
hat das Berner Obergericht einen Bauern freige-  
sprochen, der einen Händler „schlechter Hund, Schwindler,  
Zuchthäusler!“ genannt hat. Es sei dies, urtheilte das  
Gericht, so „der übliche Konversations-ton“ auf  
dem Hofmarkt.

Gefährliche Auster. Eine Typhus-Epidemie ist in  
Middletown, Connecticut, ausgebrochen und sucht namentlich  
die Studenten der Wesleyan-Universität schwer heim.  
Die Nachforschungen der Aerzte ergaben, daß sämmtliche  
von der Krankheit Befallene am 12. Oktober an einem  
Festmahl theilgenommen hatten, bei dem Auster gereicht  
wurden. Die Auster entstammen dem Quinpiacsfluß,  
und zwar einer Stelle, in deren Nähe eine große Abzugs-  
schleuse mündete. Die Aerzte nehmen an, daß die Auster  
durch den dort ausfließenden Unrath vergiftet und so die  
Träger des Krankheitsstoffes wurden. Diese Annahme  
erscheint um so wahrscheinlicher, als vor Kurzem auch die  
Frau und die Tochter des Besitzers jenes Austerbette  
an Typhus erkrankten. Mehrere Personen sind dieser  
Seuche bereits zum Opfer gefallen.

Taubstumme durch den elektrischen Draht. Aus Bel-  
grad schreibt man der „Neuen Fr. Fr.“: Der Klein-  
händler Lazar Damjanovic berührte aus Unvorsichtigkeit  
einen auf der Erde liegenden Leitungsdraht der elektrischen  
Beleuchtung und erlitt dadurch eine solche Erschütterung,  
daß er die Sprache und das Gehör vollständig einbüßte.  
Der taubstumme Mann hat nun gegen die betreffende  
Gesellschaft durch seinen Advokaten Dr. Duja eine Ent-  
schädigungsklage eingebracht, worin er ein Schmerzensgeld  
von 50 000 Francs, überdies eine Leibrente von 6 Je-  
täglich und 500 Francs Heilungskosten beansprucht.

sprubelte Mr. Bumble heraus, nachdem er mühsam den  
passendsten Vergleich nachgesonnen hatte. „Master Oliver,  
mein guter Oliver, erinnere Dich noch des lieben  
braven Herrn mit der weißen Weste? Ach, er schied  
vorige Woche von der Erde in den Himmel, in einem  
eichenen Sarge mit plattirten Griffen, Oliver.“

„Seien Sie so gut, Ihre Gefühle für sich zu behalten,  
Sir,“ fiel Grimwig bisig ein.

„Ich will mein Möglichstes thun, Sir,“ erwiderte  
Bumble, und wendete sich zu Brownlow: „Wie befinden  
Sie sich, Sie? Hoffentlich sehr wohl.“

Brownlow beachtete seine Frage nicht, trat dicht vor  
das Ehepaar, wies nach Monts, und fragte seinerseits:

„Kennen Sie den Mann?“

„Nein,“ antwortete Frau Bumble lechlich.

„Bisshoch können Sie ihn, Mr. Bumble?“

„Ich habe ihn nie in meinem Leben gesehen.“

„Ihm auch nichts verkauft?“

„Nein,“ sagte Frau Bumble.

„Hatten Sie nicht einmal ein goldenes Schloß  
einen Ring?“

„Behüte. Sind wir denn bloß hier, um so läppische  
Fragen zu beantworten?“

Brownlow gab Grimwig abermals einen Wink, und  
abermals eintheilte Grimwig mit ausnehmender Begeisterung  
und kehrte mit zwei alten, wankenden, gichtischen Frauen  
zurück.

(Fortsetzung folgt.)